

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 M. Anzeigenpreis die Spalte Kolonnenzeit für Arbeiterzeitung 75 Pfa. Geschäfts- und Verbandsstellen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Verantwortung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstr. 17. Fernruf 535. Inhalt der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Rückfragen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Anzeigen-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 50.

Duisburg, den 15. Dezember 1917.

18. Jahrgang.

Sozialreform als Kulturarbeit.

Unter arma fient musae, im Lärm der Waffen schwächen die Wissenschaften; so wollte es zu Kriegsbeginn auch hinsichtlich unserer sozialpolitischen Kulturarbeit scheitern, und sie ist in der Tat nicht nur zum Seltenen verurteilt zu sein, sondern unsere Sozialreform erfährt sogar eine gewisse Rückschrittentwicklung, indem ein Teil der Arbeiterbeschäftigungen außer Kraft gesetzt wurde, um eine möglichst ausgedehnte kriegswirtschaftliche Produktion zu ermöglichen. Mittlerweile aber hat sich auch im Rahmen der kriegswirtschaftlichen Notwendigkeiten die Sozialreform insofern wieder durchgesetzt, als der Reichs-Landtag im August bereits in einem Erlaß an die Bundesregierungen eine Einschränkung der auf Grund der Bundesratsverordnung von 1914 gewährten zu zahlenden Ausnahmen von den Regelbestimmungen, sowie eine Wiederherstellung der vollen Gewerbeaufsicht als dringend notwendig bezeichnet hat. Dieser Erlaß war teilweise wieder die Folge der bedeutenden Beratungen des Reichstagesauschusses für Bevölkerungspolitik und einer Aktion desselben, die unter dem Gesichtspunkte der Kriegswirtschaftlichkeit den Arbeitertarifen- und Jugendschutz neu formuliert und dem Reichstage für seine bevorstehende Session zur Annahme in einer Reihe von Anträgen unterbreitet hat.

Diese vom Ausschuss für Bevölkerungspolitik beschlossenen Maßnahmen erscheinen uns nicht nur deshalb bedeutungsvoll, weil sie den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in den kriegswirtschaftlichen Betrieben ein Mindestmaß von Schutz zusichern und die Gewerbeaufsicht und die Unfallversicherung in früherem Maße wieder herzustellen geeignet sind, sondern vor allem deswegen, weil sie Ansätze zu weiteren wichtigen sozialreformatorischen Schritten und Maßnahmen enthalten, und zwar vornehmlich auf dem Gebiete des Wohnraumes und der Wohnpolitik. Nach dieser Richtung hin hat der Ausschuss nach den Beschlüssen des Reichstagesauschusses für Bevölkerungspolitik nach einer schleunigen Durchführung des Hausarbeitsgesetzes insofern bereits Rat gegeben, als mit dem 1. Januar 1917 die §§ 3 und 4 dieses Gesetzes in Kraft treten sollen. Der § 3 des Hausarbeitsgesetzes bestimmt, daß in Räumen, in denen Arbeit für Hausarbeiter ausgeübt oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, den Hausarbeitern durch offene Auslage von Wohnzertifikaten oder Anhängen von Wohnzertifikaten die Möglichkeit gegeben werden muß, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeitsstellen jeweils gezahlten Löhne zu unterrichten. Nach § 4 sind ferner seitens des Auftraggebers und auf seine Kosten Wohnblätter oder Arbeitszettel auszufertigen, welche Art und Umfang der Arbeit, sowie die dafür festgesetzte Löhne oder Preise zu enthalten haben. Damit ist wenigstens der Anfang zu der Möglichkeit geschaffen worden, in der Hausindustrie zu Mindestlöhnen zu gelangen. Mehr dürfte nach dieser Richtung hin zu erwarten sein; von der ferneren vom Ausschuss geforderten Aufnahme „anständiger Wohnhäuser“ namentlich für die weibliche Arbeit in alle behördlichen Lieferungsverträge, sowie von der Befreiung und dem Ausbau der im Kriege zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen entstandenen Arbeitsgemeinschaften und Schlichtungskommissionen und ihres tariflichen Frauenschutzes, wozu alle Verwaltungsbehörden von oben herab veranlaßt werden sollen.

Für die Auffassung von Wesen und Aufgaben sozialer und sozialer Hilfsfähigkeit nach dem Kriege erscheint aber bemerkenswert, daß nach dem Willen des Ausschusses für Bevölkerungspolitik jene sich insbesondere auch der Kinder fabrikarbeitsfähiger Väter annehmen soll. Als Maßnahmen, an die hier der Ausschuss für Bevölkerungspolitik gedacht hat, und die staatliche und kommunale Organe, sowie solche der privaten Fürsorge zu beschaffen haben werden, seien genannt: Schaffung, Ausdehnung und bessere finanzielle Ausstattung der Beratungsstellen für Säuglingsfürsorge, für Schulkinderpflege und für Kinderhortwesen, Ausbau und Beaufsichtigung der Kinderkrippen, Kindergärten und Schulklassen, Ausgestaltung des Aufnahmewesens für Waisenkinder, Schaffung von Kinderheimen. Um endlich den unehelichen Kindern ihr Schicksal und ihre Fortkommen zu erleichtern, wird vom Ausschuss zunächst als wünschenswert bezeichnet, daß bei Bemessung der Höhe der Unterhaltungsspflicht der Stand des Vaters berücksichtigt wird und die Unterhaltungsspflicht bis zum 18. Lebensjahre des Kindes sich erstrecken soll. Ferner soll die Pfändung des Arbeits- oder Dienstlohnes aus Unterhaltungsansprüchen unehelicher Kinder der Pfändung aus anderen Unterhaltungsansprüchen gleichgestellt und für die Beitreibung der Unterhaltsbeiträge ein vereinfachtes, schnelles, dem Verwaltungswesen angelehntes Verfahren zur Beitreibung öffentlicher Abgaben ähnliches Verfahren eingeführt werden. Die Beitreibung unehelicher Väter, die sich der Unterhaltungsspflicht entziehen, soll wirksamer gestärkt, die Annahme an Kindesstatt erleichtert und die Einrichtung der Generalvormundschaft ausgebaut werden.

So eröffnen sich für die Zeit nach dem Kriege auch für die Fortführung der Sozialreform erhebliche Aussichten, namentlich was die ethische und charitative Seite derselben angeht. Daraus sehen wir nicht zu unter-

schätzende Schwierigkeiten dadurch entgegen, daß Sozialpolitik Geld kostet und dafür für die nächste Zeit nach dem Kriege die finanziellen Mittel knapp sein werden. Am ehesten lassen sich für eine materielle Sozialpolitik insofern Fortschritte erzielen, als es gelingt, im künftigen Friedensvertrag ein Mindestmaß vom Arbeiterschutz und Arbeiterrecht zu sichern, das in allen Ländern durchgesetzt werden muß, wie dies ja auch auf der Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Wien Anfang Oktober gefordert worden ist. Als Organ für diese Internationalisierung hätten wohl am besten die Internationalen Vereinigungen für gesetzlichen Arbeiterschutz und ihr Arbeitsamt in Basel zu dienen.

Daß im übrigen auch national die Sozialpolitik nicht stille stehen wird, dafür wird das Gebot der Menschensynergie schon sorgen, das den Völkern weises Handeln mit der menschlichen Arbeitskraft und ihren Widerstand zur dringlichsten Pflicht machen wird. Denn das Volk wird für den Kampf um den Weltmarkt wieder am ehesten gerüstet sein, denn es gelingt, die menschliche Arbeitskraft in weitestem Maße für diesen Kampf berufstüchtig zu machen. Zu diesem Zwecke ist aber eine gesunde Sozialreform unerlässlich.

Opfere, Deutschland

Von Christoph Weyher.

Deutschland, hoch auf!
Das Gebot deiner Pflicht
ruft dich aus deinen heiligsten Tiefen.
Hörst du den Rethen erklingen?
Hörst du der Sterne Gesang?
Es rauscht aus deiner Berge ewiger Nacht,
Flammt aus den Defen deiner Fabriken:

Deutschland, du bist!
Deutschland, die Stätte heiliger Opfer,
Stehst du die leuchtenden Worte am Firmament?
Wirf von dir den Sticker vergangener Tage,
Schäm dich des Goldes gleichender Pracht!
Schmied dich mit Eisen, deiner Freiheit Symbol —
Eisern die Zeit und stählern dein Wille —
Gold herge nur noch dein zuckendes Herz.
Opfere, Deutschland, du rufst ja den Frieden,
Deines Schaffens und Kampfes herrlichste Frucht!
Deutschland, den Sieg!

Uebertreibungen und Verallgemeinerungen.

Der langandauernde Weltkrieg mit all seinen Erschwernissen und Mühen hat die Menschen erschütterndem Maße gemacht. Dinge werden erdichtet und in Umlauf gesetzt, die sich nie ereignet haben, und unvermeidliche Mißstände und vorhandene Mängel werden vergrößert, doppelt und dreifach gesehen. Gerüchte wachsen bekanntlich im Umlauf. Meistens werden aber Gerüchte noch dadurch bekräftigt, daß der Erzähler den Vorgang selbst gesehen oder selbst erlebt haben will, was aber nicht immer der Fall ist. Dadurch wird Klarheit in die Bevölkerung getragen und die Schuld bestimmten Kreisen zugeschoben, die keine Schuld an dem betreffenden Vorgang tragen. Einmal sind es die Kriegsgesellschaften, dann wieder die Gemeindeverwaltungen, denen man die Schuld in die Schuhe schiebt, ein anderes Mal beschuldigt man die Landwirtschaft, dann wieder die Arbeiter und so geht es fort. Dabei berücksichtigt man in den seltensten Fällen, daß der Krieg die Hauptschuld an allen Mißständen und Erschwernissen trägt. Der Krieg, der Millionen arbeitende Menschen in die Uniform gezwungen hat, der die Pferde aus der Landwirtschaftlichen Arbeit herausgerissen, der die Bahnen und Transportmittel für sich in Anspruch nimmt, der uns vom Auslande abgeschnitten hat und dergl. mehr. Würde man dieses Moment mehr bei der Beurteilung der Einzelfragen berücksichtigen und mehr die Gesamtzusammenhänge betrachten, dann würden die gegenseitigen Beschuldigungen, Anklagen, Uebertreibungen und Verallgemeinerungen zum größten Teil aufhören oder wenigstens nicht die erbitterte herabsetzende Form annehmen, wie das leider vielfach geschieht. Der Krieg hat jedem Stand Erschwernisse gebracht und bringt sie noch. Die Landwirtschaft muß mit weniger Arbeitskräften zur Rot aufrecht erhalten werden. Frauen, Kinder und Gefangene müssen die ganze Wirtschaft in Ordnung halten, müssen das Feld bestellen und den Garten besorgen und müssen in Haus und Hof alles erledigen. Dabei fehlt es an Zugtieren, an Arbeitskräften, an Geräten, an Düngemitteln und anderem mehr. Da heißt es arbeiten und sich plagen von früh bis spät. Der Arbeiter muß seine Kräfte nicht weniger anspannen. Eine Sonntagsruhe kennt er kaum mehr. Ueberstunden müssen geleistet werden, bis die Kräfte bei der mangelhaften Ernährungsweise vielfach versagen. Frauen müssen zur Arbeit gehen, um den Unterhalt für ihre Familien zu verdienen. Alles, weil der Krieg uns in eine Mangel Lage versetzt hat. Jeder bringt Opfer, jeder erträgt Erschwernisse, jeder verpönt die Folgen des Weltkrieges, die auch beim besten Willen

der Behörden und beim Zusammenwirken aller Stände nicht vollständig aus der Welt geschafft werden können. Kaiserlich muß alles geschehen, um die Räte zu lindern und eine berechnete, sachliche, angemessene Kritik wird man auch niemand verwehren. Aber man hüte sich vor Uebertreibung und Verallgemeinerung. Man übertreibe nicht, wenn man über die „hohen Löhne“ der Arbeiter schreibt und redet, und bedenke, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht weiß, wie er bei den teuren Preisen seine Familie ernähren soll. Man übertreibe nicht, wenn man über die Beförderung der Schwer- und Schwerstarbeiter redet, denen man nachsagt, sie hätten keine Not und seien besser versorgt als alle anderen. Man bedenke auch dabei, daß diese Arbeiterpflichten auf ihre Nationen angewiesen sind und bei angelegter Tätigkeit viele hundert Meter tief unter der Erde oder vor dem Feuerofen, ihre Gesundheit verpfänden. Man übertreibe nicht, wenn man von den „Bergnütungen“ der Großstädte und dem Leben und Treiben derselben redet; man bedenke auch, daß es neben hell erleuchteten Straßen und Cafes ärmliche Häuserviertel mit dumpfen, ungesunden Wohnungen gibt, in denen der größte Teil der schwer arbeitenden Bevölkerung den größten Teil seines Lebens zubringen muß. Man übertreibe aber auch nicht, wenn man von den „gefüllten Schüsseln der Landwirtschaft“ redet; sondern bedenke auch, daß die Landwirtschaft vieles aus Gewordene und Notwendige entbehren muß. Man übertreibe nicht! Das sollte sich Jeder ins Gewissen schreiben, dann würden die gegenseitigen Auseinandersetzungen, die soviel böses Blut geschaffen haben und noch schaffen, eingedämmt und der Bürgerfriede wieder Platz greifen, über den sich ganz Deutschland zu Beginn des Krieges gefreut hat. Jeder Stand hat seine Last! Das muß sich jeder einprägen. Jeder Stand muß sich unter den durch den Krieg geschaffenen Mühen! Man mache keinen Stand verantwortlich für Dinge, für die er nicht verantwortlich gemacht werden kann, und verallgemeinere nicht, wenn einzelne pflichtvergessen handeln. Mehr Gemütsruhe mit unserem Volke not.

Förderung des Wohnungswesens durch die Landesversicherungsanstalten.

Ob Arbeiter oder Arbeitgeber, ob alt oder jung, ob wohlhabend oder in ärmlichen Verhältnissen, jeder von ihnen wird wohl bestimmen müssen, daß das Heim, ob in eigenen oder in gemieteten Räumen, neben Nahrung und Kleidung zu den wichtigsten Faktoren des Lebens zählt. Außer dem körperlichen Wohl, spielt das sittliche und ethische Empfinden, die Freude an einem gemüthlichen, sauberen Heim eine sehr bedeutende Rolle. Es soll die Stätte eines gesunden, geistlichen Familienlebens sein, der Boden zur Entfaltung einer körperlich und geistig wohlentwickelten Nachkommenschaft. Bektere ist dringend notwendig zum Ausgleich des großen Verlustes an wertvollen Menschenleben in dem nun schon über drei Jahre währenden Kriege. Das Wort „Bevölkerungspolitik“ ist daher zum Schlagwort geworden und im engen Zusammenhang damit nimmt die Wohnungsfürsorge, namentlich für Familien mit einer zahlreichen Kinderzahl einen breiten Raum ein.

Schon vor dem Kriege bestand in vielen Städten und Orten Mangel an kleineren Wohnungen, durch den Krieg ist er schmerzhaft vermehrt worden und ganz besonders wird er sich nach dem Kriege sichtbar machen, wenn die Soldaten vom Felde zurückkehren. Der Wohnungsmangel trifft vor allen Dingen die Kinderbegünstigten Familien, denn ein großer Teil von Hausbesitzern nimmt Familien mit 4, 5 oder noch mehr Kindern überhaupt nicht auf, andere nur dann, wenn wesentlich mehr an Miete bezahlt wird, angeblich deshalb, weil an der Wohnung mehr zuzusetzen ist oder die Nachbarn es nicht gern sehen und dergleichen. In der Regel sind nun solche Familien gezwungen, schlechte, ungesunde Wohnungen, die von anderen nicht genommen werden, zu mieten. Vielfach ist die Beschaffenheit dieser Wohnungen so, daß sie allerhand Gefahren und Schäden für die Gesundheit der Menschen in sich bergen und doch ist es eine vaterländische Pflicht, daß ein gesundes, kräftiges Geschlecht heranwächst. Der Frage der Wohnungsnöte muß also besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Staat, Gemeinden usw. sind auch eifrig am Werk, um hier helfend einzugreifen. Daß die Landesversicherungsanstalten, die Träger der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, mit erheblicher finanzieller Unterstützung beizutragen, ist selbstverständlich. Die Versicherungsanstalten haben ebenfalls ein großes Interesse daran, daß die ihnen angehörenden Versicherten lange gesund und arbeitsfähig bleiben. Schon von jeher haben sie große Summen zum Bau von gesunden Arbeiterwohnungen ausgegeben. Nach dem zuletzt veröffentlichten Runderlaß des Reichsversicherungsamtes betragen die gesamten Darlehen für gemüthliche Zwecke bis Ende des Jahres 1916 insgesamt 1.342,9 Millionen Mark. Für den Bau von Arbeiterwohnungen sind im ganzen 566,6 Millionen Mark ausgegeben worden.

Von dieser Summe fallen auf den Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 538,4 Millionen Mark und auf den Bau von Ledigenheimen, Hülfsheimen, Herbergen, Gefellenheimen und 28,2 Millionen Mark.

sprechen eine deutliche Sprache und sie werden von Jahr zu Jahr noch größer. Bisher erfolgte die Förderung des Wohnungsbaus durch die Landesversicherungsanstalten in der Weise, daß letztere Kapitalien den Bauvereinen, Genossenschaften, Gemeindeverbänden, Stiftungen und dergl. in Form von Darlehen hinausgaben, die meist hypothekensicher gestellt wurden. Der Zinsfuß und sonstige Bedingungen sind für die Darlehensnehmer besonders günstig. Auch mit Rücksicht auf den Siedelungsstellenmangel beteiligten sich die Versicherungsanstalten. Sie sind aber bereit, für die Folge noch mehr Mittel zur Verfügung zu stellen, um das Kapitel „Wohnungsfürsorge“ für linderreiche Familien noch besser zu unterstützen. Angesichts der aus den gegenwärtigen Verhältnissen sich ergebenden gesundheitlichen Schädigung der versicherungspflichtigen Bevölkerung und der für die Zukunft drohenden großen Belastung, wollen die Versicherungsanstalten sich innerhalb der ihnen gezogenen Grenzen wirksam an der Wohnungsfürsorge beteiligen.

Als Weg zur Unterstützung wurde außer der Vergabe von Darlehen die Gewährung von Beihilfen zu den Kosten der Einrichtungen zugunsten linderreicher Familien (Spielplätze, Kinderhorten usw.) bezeichnet.

Das Reichsversicherungsamt hat gleichfalls die Dringlichkeit der Wohnungsfürsorge für Familien mit zahlreichen Kindern anerkannt und es für zulässig erklärt, daß auch Aufwendungen aus § 1274 R.V.D. für die Wohnungsfürsorge gemacht werden dürfen. Nach dieser Gesetzesvorschrift haben die Landesversicherungsanstalten mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde das Recht, Mittel auszugeben, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintrittes frühzeitiger Invalidität unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen. Es handelt sich hier um keine Kapitalanlage, sondern um Aufwendungen ohne den Anspruch auf Rückkehr. In diesem Falle kommt zunächst ein mehr ideeller, rechnungsmäßig kaum zu bestimmender Gelbwert in Frage, der freilich mittelbar auch günstige Rückwirkungen auf die Vermögenslage der Landesversicherungsanstalten haben kann, denn je mehr für gesundheitliche Förderungen geleistet wird, desto weniger sind naturgemäß auch die Fälle des Eintrittes frühzeitiger Invalidität.

So ist also der Wirkungsbereich der Versicherungsanstalten auf dem Gebiete des Wohnungsbaus mit der Zulassung solcher Aufwendungen erweitert worden. Es ist nur zu wünschen, daß mit denselben recht vielen Versicherten und deren Familien über die größte Not hinweggeholfen wird. Freilich können diese Aufwendungen nicht im entferntesten an die als Hypotheken zur Förderung des Wohnungsbaus hinausgegebenen Kapitalien hinreichen, erstere sind aber immerhin groß genug, um manchen Mißstand zu beseitigen und manche Not zu lindern. C. B.

Allgemeine Rundschau Jedem das Seine.

möchte die „Deutsche Arbeiterzeitung“, Nr. 48, allen Deutschen geben, jedoch mit der Einschränkung, daß das Unternehmertum die rechten Früchte und die Arbeiterschaft die Stoppeln bekommt. Die Wahlrechtsreform hat es dem Unternehmertum angetan, daß es blutige Tränen vergießen muß über den Verderbnis der Zeit, die sich besonders, Gott sei es geklagt, darin zeigt, daß die Arbeiter auch einmal ein paar Rechte haben möchten, die die anderen Günde im Ueberfluß besitzen. Wo bleibt da noch der Unterschied des Einkommens, der Stellung, der Bildung, wenn „Sinn und Kunst es staatlich bescheinigt erhalten, daß sie als Staatsbürger dasselbe bedeuten, wie ein großer Erfinder.“ Ja, ja, mit der Wahlrechtsreform bricht das reinste Sodoma und Gomorrha in unser liebes deutsches Vaterland ein, wo doch früher alles so „gut verteilt“ war, nach Recht und Gerechtigkeit. Diese und ähnliche bewegliche Klagen ziehen sich durch jede Nummer der „Deutschen Arbeiterzeitung“, die plötzlich den Beruf einer Vulpredigerin in sich entdeckt hat. Es muß tatsächlich merkwürdig anmuten, wenn die Leute, die den Patriotismus, die Vaterlandsliebe, Treue zu Thron usw. usw. in die bekannte Erbschaft genommen haben, jetzt nichts anderes tun können, als an der Osterhoffschaft des Kaisers und an anderen Erlassen herumäffeln und herumzubeuteln. In der Begründung der Wahlrechtsreform heißt es ausdrücklich:

„Der Krieg, der auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens unseres Volkes seine tiefgreifenden Wirkungen äußert, führt auch dazu, die Grundlagen der staatlichen Verfassung Preußens eingreifend zu verändern. Der Krieg fordert von dem deutschen Volke die höchsten Opfer für die Allgemeinheit und ist zum Prüfstein für die Tiefe seiner Vaterlandsliebe und seines Staatsbewußtseins geworden. Er hat es opferwillig und staatsstreu gefunden, das Maß der staatsbürgerlichen Beteiligung des Volkes an den staatlichen Geschäften muß daher vom Standpunkt des getragenen Vertrauens nachgeprüft und neu gestaltet werden. Nicht um eine Belohnung des Volkes für die dargebrachten Opfer und die staatsstreu Haltung kann es sich dabei handeln, es handelt sich vielmehr um einen Akt des Vertrauens in das Volk, das in den schweren Schicksalen des Krieges seine Reife erweisen hat. Das ist die alleinige richtige Begründung für den Schritt, der mit der Einräumung des gleichen Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten erfolgt.“

Diese Gründe sind natürlich für manche Kreise und auch für die „Deutsche Arbeiterzeitung“ nur da, um über Bord geworfen zu werden. Sie halten lieber fest am Wahlrecht „Suum cuique“ (Jedem das Seine), d. h. in das Deutsch der Arbeiterzeitung übertragen: mir alles, dir nichts und sie sagt dann, dieser Wahlpruch sei

„der Ausdruck höchster Gerechtigkeit“. Was der Artikel in der „Deutschen Arbeiterzeitung“ mit der Wahlrechtsreform zu tun hat, ist nicht recht klar, wenn man die bekannte Scharfmacherei daran in Abzug bringt. Daß die Arbeiterschaft keinen Kommunismus will, ist bekannt, daß es Unterschiede in Höhe und Tiefe Stände gibt, und geben muß, wissen wir ebenso, daß es eine Kluft gibt zwischen Gebildeten und Ungebildeten, bedarf auch keiner Erläuterung. Das braucht die Arbeiterzeitung uns wirklich nicht erst zu sagen. Das wissen wir auch so. Die Linie hätte sie sich sparen können.

Es handelt sich bei der Wahlrechtsreform um die Etablierung einer Schulden an einen Stand, dessen Rechte im umgekehrten Verhältnis zu seiner eminentesten wirtschaftlichen Notwendigkeit stehen, ohne dessen rastloses Schaffen Deutschland ein besiegtes Land wäre, und der wichtiger für die Zukunft Deutschlands ist, als z. B. die deutschen Dichter, Schriftsteller, Musiker, Philosophen usw., denen die „Deutsche Arbeiterzeitung“ auf Grund ihrer Bildung mehr Staatsrechte zuerkennen will, als dem Arbeiterstand.

Jeder Stand mag seine Berechtigung und seine Rechte haben, daß die sie erhielten, dafür haben sie mit Ausnahme des Arbeiterstandes im reichsten Maße gesorgt. Nun, da der Ärmste, aber einer der wichtigsten kommt, der Stand im Arbeiterstand, da hemmt man sich mit allen möglichen Hindernissen und Gründen dagegen, Hoffentlich werden diese vom Sturm der Zeit hinweggefegt, damit dem Arbeiter endlich sein Recht werde.

Scharfe Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Unsere Feinde haben die Weltproduktion an Waffen und Munition auf ihrer Seite. Sie machen die größten Anstrengungen, ihre technische Ausrüstung ins Ungemessene zu steigern und diese im Zusammenwirken mit ihrer völkischen Ueberlegenheit auszunutzen, um den Endsieg zu erringen. Im vorigen Jahre bereits hat der englische Munitionsminister Montagu im Unterhaus mitgeteilt, daß beispielsweise die Fabrikation der 18 Pfund-Granaten gegenüber den schweren Kalibern 2650 mal größer geworden sei, daß der Wochendurchschnitt für Feldhaubtgranatmunition gegen 1915 um das 27fache gesteigert worden sei. Daß Amerika alle Anstrengungen macht, die Fabrikation von Schiffen, Feldgeräten, Flugzeugen, Waffen und Munition noch weiter zu steigern, zur Verwendung im Kampfe gegen Deutschland und seinen Verbündeten, ist bekannt.

Demgegenüber gilt es, alles aufzubieten anser Ausrüstungen auf der Höhe zu halten, es so zu steigern, daß die Absichten und Hoffnungen unserer Feinde zu Schanden werden. Der kommende Entscheidungskampf gebietet, alle waffenfähigen Männer für den Frontdienst frei zu machen; ebenso alle nicht in kriegswichtigen Betrieben tätigen, wie auch die bisher noch brach liegenden Arbeits-

Die technische Entwicklung der deutschen Industrie nach dem Kriege.

Die die Wirtschaftsbedingungen nach dem Kriege sich einstellen werden, wissen wir nicht. Die Kämpfe um den Weltmarkt werden nicht geringer, sondern größer werden, weil auch die Entensländer, besonders die großen Wirtschaftsmächte England, Amerika, Japan und auch die südamerikanischen Republiken mit großen Erfahrungen und Beziehungen aus dem Weltkrieg hervorgehen werden. Kann die deutsche Industrie diesen Weltkampf siegreich aufnehmen? Sind wir gerüstet? Diese Frage muß mit „Ja“ beantwortet werden. In der „Internationalen Korrespondenz“ untersucht Wilhelm Kern diese Fragen näher und kommt zu folgenden Resultaten.

Wie der gewaltige Weltkrieg ungeheure Umwälzungen auf allen Gebieten des geistigen und materiellen Lebens herbeigeführt hat, ist er auch von allergrößtem Einfluß auf die technische Industrieentwicklung. Was geht an uns die industrielle Neuordnung innerhalb Zentraleuropas an — nicht, als ob wir für die Entwicklung der ganzen Welt kein Verständnis besitzen, sondern weil die Zustände „zu Hause“ uns naturgemäß am unmittelbarsten berühren und uns auch am tiefsten betreffen. Aber die technisch industrielle Entwicklung in den anderen Kulturländern dürfte der unseren ähnlich sein oder im Laufe der Zeit werden.

Es erübrigt sich, an dieser Stelle über die Ursachen der mannigfachen Veränderungen in Produktion und Fabrikation während des Krieges zu moralisieren. Bei sachlicher Beurteilung der nun einmal in unaufhaltsamem Werden begriffenen Neuordnung innerhalb der Industrie, haben wir von der Tatsache anzugehen, daß die bittere Notwendigkeit, die eigene Kultur, unser Leben und Leben zu verteidigen, während uns unerlässlich viele wichtige Rohstoffe gewaltsam entzogen waren — daß also das ehernen Naturgebot vollkommener Selbsterhaltung den Erfindungs- und Organisationsgeist anspornten machte, Kämpferdenkliches zu leisten. So wurden auch im technischen Fortschrittsbereich neue Methoden entdeckt, welche einen großen Teil der früheren Art der Erzeugung umgewandelt haben und sicherlich weiter umzuwandeln werden.

Die Wirkungen des jenseitigen Krieges sind bei dem Einzelnen und im Gemeinheitsleben hart und unangenehm spürbar; aber den rein technischen Fortschritt, ganz besonders der deutschen Industrie, hat der Krieg gewaltig gefördert und tut es noch. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß häufig gerade die Schwachheiten unserer Industrie, z. B. die Mängel und die Abhängigkeit auf Industriegebiete in der Nähe der Grenze, aus zu bedenklichen Mangelstellungen und Verbitterungen geworden haben, also jenseitig das Gegenteil von dem bewirkten, was sie bezeichnen. Vorbedingung für dieses „Überleben des Episches“ war und ist natürlich die allgemeine Höhe der deutschen technischen Bildung und unsere wissenschaftliche Tätigkeit.

Die vollständigen Neuerungen und radikalen Verbesserungen erfordern nun auf alle erdenklichen Industriegebiete, vor allem auf die Eisenindustrie und die chemische Industrie. Fast alle Einzelheiten der neuen Erfindungen und Arbeitsverfahren sind heute strengster Geheimhaltung und müssen es sein. Man kann darüber also nur in allgemeinen Aussagen sprechen. Aber auf Grund neuerer Kenntnisse der deutschen Industrietechnik darf ich die Behauptung wagen, daß nach dem Kriege eine Neubelebung ungeahnter Art der deutschen Industrie sicher zu erwarten ist. Die neuen Wege der chemischen Fabrikation sind z. B. geradezu verblüffend. Ebenso gut sind die Aussichten für die Verarbeitungsmaschinen; insbesondere der Werkzeugmaschinenbau in Deutschland muß nach dem Krieg für die übrige Welt bahnbrechend und teilweise maßgebend. Besonders aber soll hier auf einen Industriezweig hingewiesen werden, dessen Wichtigkeit auch für die friedliche Entwicklung nach diesem hoffentlich letzten aller Kriege jedem Menschen ohne weiteres einleuchtet: die Schwerindustrie, besonders das Hüttenwesen und die Eisen- und Stahlerzeugung.

Das Bild dieser Industrie war bisher so, daß dort, wo Kohle und Erz lagerten, mächtig aufragende Hochofen das rote Erz verhütteten, d. h. einschmelzen. Das gewonnene Produkt wurde dann in Hoheisen-Barren den Eisen- und Stahlfabriken und Gießereien zur endlichen Eisen- und Stahlerzeugung oder zur Walzung zugeführt, wenn es nicht schon nach dem Abtrieb aus dem Hochofen in flüssigen Zustände in eisigen Behältern hergerichtet worden nach den Partikeln der Stahlfabrik befördert worden war, um in letzteren mit Zusatz von Mangan (Schrott) und anderen Zuschlägen in Stahl verwandelt zu werden. Die riesigen Hochofen verfahren bis jetzt dem Schwerindustriegebiet ihr eigenartiges Gepräge und wachten es weithin kenntlich, ebenso die weitläufige Ausdehnung der der Stahlfabrik zugehörig.

Wie wird es nun nach dem Kriege? Nicht nur die Gefährdung durch Fliegerangriffe und militärische Rückzüge lassen eine Dezentralisierung der Schwerindustrie erzwungen erscheinen, sondern auch folgender Umstand. Unpraktisch war die Kohle maßgebend für die Lage der Hochofen, deren Kohlerz man immer zahlreicher. Wurden Kohle und Erz in der gleichen Gegend gewonnen, um so besser. Zur weiteren Verarbeitung des Hochofenproduktes, der Erzeugung von Eisen und Stahl, braucht man aber (wie oben bereits erwähnt) außer dem feineren Hochofenprodukt (Hoheisen) auch Schrott (Alteisen, Eisenabfälle). Mit der Verbessermessung der Hochofenarbeit und damit auch der Erzeugung von Schrott immer mehr erhöht, so daß die Frage immer ins Gewicht fällt: wie teuer ist die Frucht für den nötigen Schrott? Da nun die Hochofenfabriken Deutschlands zum großen Teile außerhalb der Schwerindustriegebiete liegen und sie einen großen Prozentsatz des Schrottes liefern, wird es allmählich vorteilhaft, wenn eine beträchtliche Anzahl von Eisen- und Stahlfabriken in unmittelbarer Nähe derselben gelegten sein würde. Dadurch wird die Frucht für den Schrott und für die Stahl- und Metallwerkzeugherstellung ebenfalls radikal verbilligt, daß sie die einzigen Hochofenprodukte von Kohle und Hoheisen aus dem Schwerindustriegebiet mehr wie ausgleicht. Man wird also eine Verteilung der Stahlfabrik über das ganze Reich erleben, aus ihren Schwerindustrieständen und ihren Abnehmer-Industriezentren, Handwerk und Kleinhandel nämlich auch zu sein.

Aber auch auf die feineren Eisenwerke sind die Stahlwerke nicht mehr angewiesen, denn Braunkohle und Braunkohle-Produkte haben vermehrte Fortschritte die Eisenwerke auch für diese Zwecke ersetzt und sind überall erhältlich. Die Hoheisenfabriken hingegen sind durch die Verbesserungen auf dem Hochofenweg ebenfalls verbilligt. So sind also schon jetzt für eine große Anzahl von Stahl-

und Walzwerken in allen Teilen des Reiches günstigere Arbeitsbedingungen vorhanden wie bei einer Massenanhäufung innerhalb der alten Schwerindustrie. Tatsächlich ist dieser Erkenntnis längst eine Anzahl von Stahlwerkneuanlagen und ähnlichen Projekten gefolgt in Gegenden, welche bisher völlig bar von Schwerindustrie waren. Ein Ende darin ist nicht abzusehen. Es fehlen also den außerhalb der Schwerindustrie gebenden liegenden Werkstätten nur noch die Hochofen. Auch hier ist der denkbar fröhlichste Geist auf bestem Wege, Wandel zu schaffen zum schließlichen Besten des Ganzen. Das Streben der technisch-fortschrittlichen Eisenhüttenleute, den gesamten Prozeß der Eisen- und Stahlerzeugung weiter zu vereinfachen, daß schon in einer Verarbeitungsoperation, lagen wir, in einem entsprechend konstruierten Hochofen, das Endprodukt fertig zum Walzen bzw. Formgießen hergestellt werden kann, hat folgende Errungenschaft gezeitigt: feinkörnige, saubere (mullige) Erze, die nun einmal einen großen Bestandteil der Förderung neben den edleren Erzgattungen bilden und in vielen Gegenden gefördert werden, können ebenso rentabel wie jene im Hochofen verwendet werden. Also braucht letzterer nicht mehr wie bisher in der Nähe „reicher“ Erz- und Kohlenfelder zu stehen. Ebenso wird die immer weitergehende Anwendung des elektrischen Stromes auch den Hochofen von der Kohle unabhängiger machen. Durch die technische Verbollkommnung und brüchige Verteilung der Schwerindustrie werden also die Arbeitsverhältnisse in den bisherigen Hauptbezirken ganz wesentlich gebessert und lohnenderen Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Reiches neu geschaffen werden, unter menschenwürdigeren Verhältnissen für das gesamte Arbeitspersonal. Es ist unnötig, an diesen werdenden Gestaltungen vorbeizugehen, ohne noch eines Grundes für die Dezentralisation Erwähnung zu tun, welcher seitens des Großkapitals als „vorteilhaft“ mitangeführt wird: seine Fokussierung, durch Verteilung der Werke einen „günstigeren“ Arbeitsmarkt zu erzielen, bezw. der Möglichkeit vorzubeugen, daß durch weitere brüchige Massengruppierung der Schwerindustrie unter den Arbeitern zuviel Solidarität entsteht. Wir glauben aber, daß unter den heutigen Verhältnisse Verhältnisse körperlicher und geistiger Art das deutsche werklätige Publikum sich kein politisches wie wirtschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl ebenso wahren wird wie bis zum Kriegsausbruch — und um so mehr jetzt und in Zukunft. Ein Nachteil für die Arbeiterschaft würde also aus diesem Grunde nicht entstehen.

Viele Neuerungen der Kriegswirtschaft sind weiteren Streifen bekannt — man denke etwa an das große Gebiet brandbarer Erzeugnisse. Die technische Fortentwicklung ist wenig beachtet; aber sie ist vielleicht für Deutschlands industrielle Zukunft noch wichtiger.

Alle diese Neuerungen und Fortschritte wären bestenfalls ohne den Krieg erst nach langen Jahren eingetreten. Bedauern wir also keine direkten Opfer noch so sehr und unrichtig — das Böse wird hier ohne sein Wollen schließlichen Tades für die Ueberlebenden und Nachkommen des Volkes im großen ganzen vieles Gute bringen. Unheil und Verwirrung hatte das deutschfeindliche Kapital für uns beauftragt. Machtvoller Fortschritt auch auf dem technischen Gebiete, somit bedeutende Erhöhung unserer völkischen Lebensfähigkeit, ist die Folge. Auch hier wird man einst können: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

und Walzwerken in allen Teilen des Reiches günstigere Arbeitsbedingungen vorhanden wie bei einer Massenanhäufung innerhalb der alten Schwerindustrie. Tatsächlich ist dieser Erkenntnis längst eine Anzahl von Stahlwerkneuanlagen und ähnlichen Projekten gefolgt in Gegenden, welche bisher völlig bar von Schwerindustrie waren. Ein Ende darin ist nicht abzusehen.

Es fehlen also den außerhalb der Schwerindustrie gebenden liegenden Werkstätten nur noch die Hochofen. Auch hier ist der denkbar fröhlichste Geist auf bestem Wege, Wandel zu schaffen zum schließlichen Besten des Ganzen. Das Streben der technisch-fortschrittlichen Eisenhüttenleute, den gesamten Prozeß der Eisen- und Stahlerzeugung weiter zu vereinfachen, daß schon in einer Verarbeitungsoperation, lagen wir, in einem entsprechend konstruierten Hochofen, das Endprodukt fertig zum Walzen bzw. Formgießen hergestellt werden kann, hat folgende Errungenschaft gezeitigt: feinkörnige, saubere (mullige) Erze, die nun einmal einen großen Bestandteil der Förderung neben den edleren Erzgattungen bilden und in vielen Gegenden gefördert werden, können ebenso rentabel wie jene im Hochofen verwendet werden. Also braucht letzterer nicht mehr wie bisher in der Nähe „reicher“ Erz- und Kohlenfelder zu stehen. Ebenso wird die immer weitergehende Anwendung des elektrischen Stromes auch den Hochofen von der Kohle unabhängiger machen. Durch die technische Verbollkommnung und brüchige Verteilung der Schwerindustrie werden also die Arbeitsverhältnisse in den bisherigen Hauptbezirken ganz wesentlich gebessert und lohnenderen Arbeitsbedingungen in allen Teilen des Reiches neu geschaffen werden, unter menschenwürdigeren Verhältnissen für das gesamte Arbeitspersonal.

Es ist unnötig, an diesen werdenden Gestaltungen vorbeizugehen, ohne noch eines Grundes für die Dezentralisation Erwähnung zu tun, welcher seitens des Großkapitals als „vorteilhaft“ mitangeführt wird: seine Fokussierung, durch Verteilung der Werke einen „günstigeren“ Arbeitsmarkt zu erzielen, bezw. der Möglichkeit vorzubeugen, daß durch weitere brüchige Massengruppierung der Schwerindustrie unter den Arbeitern zuviel Solidarität entsteht. Wir glauben aber, daß unter den heutigen Verhältnisse Verhältnisse körperlicher und geistiger Art das deutsche werklätige Publikum sich kein politisches wie wirtschaftliches Zusammengehörigkeitsgefühl ebenso wahren wird wie bis zum Kriegsausbruch — und um so mehr jetzt und in Zukunft. Ein Nachteil für die Arbeiterschaft würde also aus diesem Grunde nicht entstehen.

Viele Neuerungen der Kriegswirtschaft sind weiteren Streifen bekannt — man denke etwa an das große Gebiet brandbarer Erzeugnisse. Die technische Fortentwicklung ist wenig beachtet; aber sie ist vielleicht für Deutschlands industrielle Zukunft noch wichtiger.

Alle diese Neuerungen und Fortschritte wären bestenfalls ohne den Krieg erst nach langen Jahren eingetreten. Bedauern wir also keine direkten Opfer noch so sehr und unrichtig — das Böse wird hier ohne sein Wollen schließlichen Tades für die Ueberlebenden und Nachkommen des Volkes im großen ganzen vieles Gute bringen. Unheil und Verwirrung hatte das deutschfeindliche Kapital für uns beauftragt. Machtvoller Fortschritt auch auf dem technischen Gebiete, somit bedeutende Erhöhung unserer völkischen Lebensfähigkeit, ist die Folge. Auch hier wird man einst können: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Kräfte in Anspruch zu nehmen für die Arbeiten der Kriegsindustrie.

Während nun die Arbeiterschaft, auch die weiblichen Arbeitskräfte, sich im allgemeinen willig dem vaterländischen Hilfsdienst zur Verfügung gestellt haben, haben es andere Volksteile, Angehörige der sogenannten besseren Stände, auf deren Mitwirkung bei Schaffung des Hilfsdienstgesetzes ebenfalls gerechnet worden ist, verstanden, sich von der Arbeit zu drücken.

Den persönlichen Bequemlichkeiten einzelner voran steht das Interesse aller auf Gewinnung des Sieges. Die Hunderttausende von nicht genügend beschäftigten oder unbeschäftigten und ständischen Persönlichkeiten werden noch mahnend, den Ernst der Zeit zu beachten, sowie dazu aufgefordert, ihre vaterländische Pflicht zu tun, sich für den Hilfsdienst zur Verfügung zu stellen, mitzuarbeiten an den Abwehr-, Schutz- und Angriffsmitteln, die unsere tapferen Feldherren nötig haben, zum Standhalten und zum glücklichen Endsiege.

Ein Programm.

Zu keiner seiner öffentlichen Reden hat der Reichszentralrat Dr. Michaelis sozialpolitische Fragen berührt. Ein ihm dies nahegelegener Artikel in Nr. 18 des Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, vom 27. August 1917, blieb ohne Erfolg. Dr. Michaelis ist aus seinem Amte geschieden ohne zur Sozialpolitik öffentlich Stellung genommen zu haben.

An seine Stelle ist anfangs November 1917 der bisherige bayer. Ministerpräsident Dr. Graf v. Hertling getreten, ein Mann, der 30 Jahre im Reichstag, bereits Ende der siebenziger Jahre dort Forderungen der christlichen Sozialpolitik vertreten hat. Daß er auf diesem ihm wohlbekannten Gebiete weiterarbeiten werde, das erklärte er schon in seiner ersten Rede als Reichszentralrat, am 29. November 1917, vor versammeltem Reichstag. Mit dem Hinweis darauf, daß er als Abgeordneter die Reichssozialpolitik in ihren Anfängen mitgemacht, erklärte Graf von Hertling, daß er es für selbstverständlich halte, daß die Sozialpolitik fortgesetzt und nach Bedarf ausgebaut werde. Er kündigte sodann zwei Gesetzentwürfe an: Dem Reichstag wird bei seinem nächsten Zusammentritt ein Gesetz auf Erziehung von Arbeitssammern vorgelegt werden, das an die Arbeiten des Reichstagsausschusses von 1910 anknüpft und sie als wertvolle Grundlage aufnimmt. (Beifall links und im Zentrum.) Ebenso wird ein Gesetzentwurf vorbereitet, der die Beschränkungen der Koalitionsfreiheit, die sich aus dem Paragraphen 153 der Gewerbeordnung ergeben, beseitigt. (Beifall links und im Zentrum.) Auch dieser Gesetzentwurf wird dem Reichstag in seiner nächsten Sitzung vorgelegt.

Wie die Zustimmungskundgebungen aufweisen hat die Reichstagsmehrheit diese Ankündigungen des Reichszentralrats mit großem Beifall aufgenommen. Nur die Rechte machte nicht mit, und zwei Redner der Konserverativen äußerten namentlich gegen die Aufhebung des Paragraphen 153 der R.G.O. starke Bedenken. Merkwürdiger Weise hat auch der Berliner „Arbeiter“ in seiner letzten Nummer, wie einige Fachblätter zuvor, gegen die von der Gesamtarbeiterschaft und vom Reichstag oft und oft verlangte Aufhebung des gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Paragraphen 153 Stellung genommen und damit gegen die Interessenspolitik der verstoßen Regierung und Reichstag werden sich bedarft nicht betreten lassen. Schon der frühere Staatssekretär des Reichsjustizamts, Dr. Riederling, wie auch Justizminister Dr. Espahn, haben die Reformbedürftigkeit des Paragraphen 153 anerkannt, der nun aus der Welt geschafft werden wird. Auch Stimmen aus den Reihen der Konserverativen haben sich früher gegen die Auslegung des Paragraphen 153 gewandt.

Eine weitere erfreuliche Tatsache ist, daß nunmehr eine, wenn auch nur kleine, 18 Pfg. täglich betragende Erhöhung der Soldatenlöhnung eintritt. Die Regierergierung hat dem dahingehenden Verlangen des Reichstags endlich nachgegeben und ließ durch einen ihrer Vertreter im Hauptausschuß die Erklärung abgeben, daß die Erklärung abgeben, daß die Paragrafenlöhnung um ein Drittel, die Löhnung der Unteroffiziere um ein Fünftel ihres bisherigen Bezugs erhöht wird. Die erste Auszahlung wird noch vor Weihnachten erfolgen.

Die Reform des Mannschaftsversorgungsgesetzes ist in Aussicht genommen. Die diesbezüglichen Gesetzentwürfe sind im Kriegsministerium fertiggestellt und werden wohl der nächsten ordentlichen Tagung des Reichstags vorgelegt. Der oft beklagte Mangel an bedürftigen Kriegerwitwen weniger an Rente und Unterstützung erhalten, als wie die Kriegerfrauen wird zunächst auf dem Verwaltungswege gemildert. Bei der Neuregelung der Verhältnisse ist vorgezogen, daß die Berechtigten bei ihren Rentenansprüchen sich vertreten lassen können, bzw. die Entscheidung über ihre Ansprüche nicht gefällt wird, ohne daß sie gehört worden sind.

Das Reichsteuergesetz, das mit wenig Freude aufgenommen worden ist, wird geändert. An Stelle der vorgesehenen Steuerbegünstigung des Hausbrands werden 30 Millionen Mark in Ansatz gebracht und den Gemeinden überwiesen, zur Beschaffung des Hausbrandes für untermittelte Familien. S. F.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 16. Dezember der 51. Wochenbeitrag für die Zeit vom 16.-22. Dezember fällig.

Mit Jahresfluß werden wieder, wie in früheren Jahren, neue Beitragsscheine in einer anderen Farbe ausgegeben. Am 1. Januar dürfen dann nur noch diese neuen Marken geltend werden. Da gleichzeitig am Jahresfluß auch die Vertrauensmänner mit ihrem Markenschein abrechnen müssen, ist es unumgänglich notwendig, daß alle Mitglieder mit ihrem Beitrag auf dem Hausenden sind. Es darf am Jahresfluß keine Ausnahme mehr geben. Da dann nur noch neue Marken im Verkehr sind, müssen etwaige Rückstände auch mit neuen Marken quittiert werden, so daß sich solche Mitglieder selbst als säumige Zahlende - auch in Unterstützungsfällen durch ihr eigenes Mitgliedsbuch ausweisen. Das wird aber kein Gewerkschaftler wollen. Im eigenen Interesse der Kollegen und im Hinblick auf die Durchführung einer geordneten Jahresabrechnung darf deshalb wohl von allen Mitgliedern eine pünktliche Beitragsleistung erwartet werden.

Krankenanerkennung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsfällen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Krankenzahlung wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

Die Verhandlungen des Deutschen Arbeiterkongresses werden demnächst im Druck erscheinen. Vorerst kommen einzelne von den Vorträgen in Sonderdrucken heraus. Als erste Broschüren sind der Vortrag von Generalsekretär Stegerwald unter dem Titel „Arbeiterschaft und Kriegsentcheidung“ und das Referat vom Kollegen Joos „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung und die Lebensfragen in Volk und Reich“ bereits erschienen und zum Preise von 20 Pfg. von unserer Hauptgeschäftsstelle, Duisburg, Seitenstraße 17, zu beziehen.

Aus dem Verbandsgebiet

Berlin. Die Verwaltungsstelle unseres Verbandes hatte für Sonnabend, den 24. November nach dem Deutschen Gärtnerheim eine Mitgliederversammlung einberufen. Trotz des ungünstigen Wetters war eine stattliche Anzahl der Kollegen erschienen; darunter auch einige Mitglieder aus der Jugendabteilung. Letztere wurden vom Vorsitzenden besonders begrüßt. Die Tagesordnung lautete: Bericht vom Deutschen Arbeiterkongress durch den Kollegen Fichtl. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des vor kurzem dahingegangenen 82jährigen Professors Adolf Wagner. Die Versammelten ehrten sein Andenken durch Erheben von ihren Plätzen. Jetzt nahm der Berichterstatter das Wort und verlas es in trefflicher Weise, den Zuhörern die Stange tragend vor Augen zu führen. Ganz besonders wies der Redner auf die Referate unseres Verbandsvorsitzenden Wieber, des Geschäftsführers Koch-Eberfeld und des Grafen von Hofadobski hin und empfahl den Kollegen, sich diese Broschüren anzuschaffen und sie zu studieren. Kollege Wieber hat durch eine Fülle von Material bewiesen, daß es nicht so glänzend mit den Verdiensten der Arbeiterschaft stehe, wie man es gern in der Öffentlichkeit darzustellen beliebt. Es wurde nicht bestritten, daß eine ganz verschwindende Oberschicht in den Facharbeiterkreisen erhebliche Verdienste hat. Die große Masse jedoch hat daran keinen Anteil; von dem Lohn der erwähnten Oberschicht kann sie sich nichts kaufen. Es muß also im allgemeinen Wandel geschaffen werden. Nicht die höheren Verdienste haben die Lebensmittelpreissteigerung hervorgerufen, sondern umgekehrt, die Steigerung der Lebensmittelpreise verlangte höhere Löhne. Aber das können heute verschledene Kollegen noch nicht kapieren. Wieber sagte: Sie wollen es nicht. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen.

Hierauf nahm Kollege Fährlich das Wort und führte den Versammelten vor Augen was wir als christliche Gewerkschaftler zu tun hätten, um die uns noch anhaftenden Fesseln los zu werden. Nicht schwülzig wird man uns die uns zustehenden Rechte geben, sondern wir müssen jeden Tag darum kämpfen. Denn die Arbeitgeberzeitung ruft schon lange wieder nach einer starken Regierung im Sinne des Großkapitals, wie aus ihrer Nr. 44 vom 4. Nov. 1917 zu ersehen ist. Auch wird leider von verschiedenen anderen Stellen versucht die Regierung dahin zu beeinflussen, den Par. 153 der Gewerbeordnung in seiner heutigen Form bestehen zu lassen, was wir zurückweisen müssen. Wir verlangen volle Handlungsfreiheit, wie alle übrigen Stände sie haben. Deshalb fort mit allen Ausnahmeregungen. Gleiches Recht für alle. Mit einer einträglichen Mahnung an die Mitglieder, keine Mühe zu scheuen und die Agitation mit allen zu Gebote stehenden erlaubten Mitteln fortzusetzen, fand die Versammlung ihr Ende.

Kollegen! Heraus aus der Reserve und mit verdoppelter Kraft an die Gewerkschaftsarbeit heran. Jetzt ist Zeit zum Handeln. An uns selbst liegt es, ob wir unsere Arbeitserrechte erfolgreich verteidigen und neue hinzugewinnen werden.

Jedes Mitglied muß bestrebt sein, bis Neujahr wenigstens einen Kollegen für den christlichen Metallarbeiterverband zu gewinnen.

Bremen. Die hiesige Ortsgruppe scheint ihre gewerkschaftlichen Pflichten nicht so genau zu nehmen, wie es notwendig ist, um das Arbeiterinteresse wirksam vertreten zu können. Und hier lebt die Arbeiterschaft nun wahrlich nicht ein lauter Freudens. Nun ist es gewiß wahr, jene niederdrückenden Ernährungsverhältnisse, wie sie in den Industriefäden Rheinland-Westfalens sich zeigen, erlebte die Bremer Bevölkerung trotz des bekannten Städtrübenwinters noch nicht. Gerade deswegen müßte eine größere Regsamkeit im Gewerkschaftsleben bei der Arbeiterschaft im allgemeinen und bei unseren Mitglidern insbesondere zu erwarten sein. Wer garantiert uns denn dafür, daß es nicht doch schlimmer kommen wird als bisher? Haben wir am Orte wirklich solch' prächtige Unternehmer, die ihren Arbeitern sofort bei jeder weiteren Preissteigerung ganz von selbst eine dementsprechende Erhöhung der Löhne zusichern? Was ist denn wieder einmal hier in den letzten 4 Wochen nicht alles teurer geworden? Fleisch, Brot, Milch, Salz, Eier, Vollspeisung - von den teuren Obst- und Gemüsepreisen, sowie sonstiger Bedarfsartikel erst gar nicht zu reden. Haben wir denn für diese neuesten Preissteigerungen schon einen Lohnausgleich erhalten? Geheiß, 2 Pfg. stehen den Werftarbeitern pro Stunde ab 1. Oktober in Aussicht und weitere 2 Pfg. im Dezember 1917. Das sind bekanntlich die Zugeständnisse, die bei den Verhandlungen am 10. August uns von den Werftarbeitern großmütig zugesichert wurden. In der Erkenntnis, daß diese in Aussicht stehenden Lohnzulagen nicht geeignet sind, Ruhe in die Werftarbeiterchaft zu bringen, lehnten die Organisationsvertreter der Arbeiter aller Richtungen dieselben ab und wandten sich in einer Deutlichschrift an die letzte und höchste Instanz, das Kriegs- und Reichsmarineministerium, um so einen besseren Lohnausgleich für die auf den Werften Beschäftigten, zu erzielen. Angefichts dieser rührigen Tätigkeit der Gewerkschaftsleitungen sollte man doch erwarten, daß nun umgekehrt auch der letzte Verhandlungssollege seine Pflicht tun würde. Leider ist das nicht immer der Fall. In die Versammlungen zu kommen, fällt manchen Kollegen hier am Orte schon lange nicht mehr ein. Wohl aber wird feste geschimpft über die unzulänglichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Dafür stärkt man umso mehr die Position der Unternehmer, indem man alle fünf gerade sein läßt und sich um das große Heer der Unorganisierten nicht im mindesten mehr kümmert. Im Jahre 1916 hat es wenigstens noch ein kleiner Teil der Kollegen der Mühe wert gefunden, Adressen von Unorganisierten zu sammeln, als Voraussetzung einer erfolgreichen Hausagitation. In diesem Jahre wartet der Vorstand schon lange Zeit auf dieses Material, ohne bis zur Stunde die erste Adresse von einem Kollegen zu erhalten.

Kollegen Bremens! Soll das so weiter gehen? Wenn nicht, so rauft euch doch endlich mal zur Tat auf! Ist es denn nicht eine Schande, wenn ein großer Teil unserer Kollegenchaft erst längst nicht einmal sozial moralischen Mut aufbrachte, um sich den Verleht unseres Bezirksleiters über die Verhandlungen mit den Werftarbeitern anzuhören, trotzdem alle durch die Post dazu eingeladen waren? Gene Kollegen wollen sich das eine gesagt sein lassen: Es ist noch nicht aller Tage Abend geworden. Die Unternehmer werden in ihrer „sozialen Verantwortlichkeit“ dafür sorgen, daß die Lohngrenze des Arbeiters nach dem Kriege sich möglichst nach „unten“ bewegt. Dann werden aber jene wieder am ärgsten schreien, die da keinen Finger rührten, um den Einfluß des Verbandes zu stärken. So spät wird man dann einsehen, daß es grenzenlose Dummheit war, durch ein „falsches Richtsinn“ für den Verband, den Rücken des Unternehmertums, statt den eigenen, zu stärken. Endweder es wird in rasklosem Eifer nunmehr ein jeder Unorganisierte unserem im übrigen deutschen Reiche so machtvoll auftretenden christlichen Metallarbeiterverband zuzuführen versucht, oder man überläßt dieselben dem Anarchozynismus und seiner Generalkreiselpolitik, bei der nichts herauskommt. Was daraus folgt, dürfte unseren denkenden Kollegen an der Wasserfront nicht schwer sein, zu erraten. Wer sich nicht als blinde Stille des Unternehmertums jetzt und für die Zukunft mitbrauchen lassen will, der arbeite endlich zielbewußt innerhalb unseres Verbandes mit. Und weg mit dem alten Schlenker der Versammlungsschwänzererei; fort mit der süßen Unpünktlichkeit beim Besuch von gewerkschaftlichen Zusammenkünften, Schluss gemacht mit den ständischen Beiträgen, mehr Achtung vor sich selbst und seinem Stande, tue ein Jeder endlich seine Pflicht in der Ausbreitung unseres Verbandes. Vor allen Dingen mehr Regsamkeit und Schwung für die Gewinnung neuer Mitglieder. Will ausgerichtet Bremen den „traurigen Ruhm“ ernten, am Aufstieg unseres Verbandes nicht getan zu haben? Was sagen unsere Feldherren dazu?

Breslau. Unsere hiesige Mitgliederzahl, die ja in seinem Verhältnis zu der Größe der Stadt und der Anzahl der vorhandenen Metallarbeiter steht, hat sich, seitdem uns die Zentrale helfend beigegeben ist, durch mühselige Kleinarbeit verdoppelt. Es war erstlich, in der letzten Mitgliederversammlung, wo die Hälfte der Kollegen anwesend war, zu hören, mit welcher regen Eifer gearbeitet wird. Sollen aber größere Zahlen von Neuaufnahmen gemacht werden, dann müssen die Mitglieder allesamt die Werbearbeit aufnehmen. Eine Anzahl von Kollegen betätigen sich schon werdend und haben wie in vorletzter Zusammentritt berichtet wurde, auch Erfolg gehabt. Voraussetzung, um mutig für den Verband werden zu können, ist, daß die Kollegen die Mitgliederversammlungen besuchen, dann angeregt und zu überzeugten christlichen Gewerkschaftlern gemacht werden. Eine Anzahl unserer Kollegen sind noch zu gar keiner Mitgliederversammlung erschienen. Sie zahlen ihre Beiträge und werden im übrigen ohne jedes Eigenleben für unseren Verband zu zeigen, so mitgeschleppt. Diese Kollegen sind durch die Vertrauensmänner aufzuwecken, damit sie sich auf ihre gewerkschaftliche Pflicht bestimmen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den hiesigen Werken sind im Hinblick auf die Teuerung sehr verbesserungsbedürftig. Und das Kriegsende kann uns sehr leicht bezüglich der Teuerungszulagen unangenehme Ueber-raschungen bringen. Seien wir also auf dem Posten. Es gibt weite Kreise, die den schließlichen Arbeiter als geistig minderwertig hinstellen und damit die geringen Entlohnung begründen. Die Arbeiter der Rhein-Westfäl. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft erzielten nach dem Bericht von 1916 einen durchschnittlichen Jahreslohn von 2770 Mark bei einer Lohnsteigerung von 30,5 Prozent. Die Arbeiter der Schließlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Sitz Breslau erzielten einen durchschnittlichen Jahreslohn von 189 Mark bei einer Lohnsteigerung von nur 16,3 Prozent. Es ist also nicht nur eine Ehrenfrage für die schließliche Arbeiterschaft, sich von dem Ruf der geistigen Minderwertigkeit frei zu machen, es handelt sich dabei auch um eine wichtige Selbstverteidigung. Nun wir christliche Metallarbeiter also alles aufbieten, um uns durch Schaffung einer möglichst starken Ortsgruppe in Breslau eine achtunggebietende eigene Interessenvertretung zu geben. Die angelegte Mitarbeitlichkeit seien die Arbeiter

